

EU-Informationen der HSS-Verbindungsstelle Brüssel

März 2010

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Judith Klara Weiss

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 01. bis zum 07. März 2010

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Europäische Kommission entwirft Strategie Europa 2020

Während durch die Lissabon-Strategie Europa 2010 zum führenden wissensbasierten Wirtschaftsraum aufsteigen sollte, gibt die Kommission nunmehr lediglich fünf EU-Kernziele vor: (i) 75 % der Menschen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren sollen in Arbeit stehen, (ii) 3% des BIP der EU soll in FuE investiert werden, (iii) Die „20/20/20“-Klima- und Energieziele (20% Emissionsverringerung, 20% Energieeinsparung und 20% erneuerbare Energien bis 2020) müssen verwirklicht werden, (iv) Der Anteil der Schulabbrecher muss auf unter 10 % zurückgehen, und (v) 40 % der jungen Menschen sollen eine Hochschulausbildung absolvieren. Diese Ziele sollen durch Leitinitiativen auf allen Ebenen, von EU-weit tätigen Organisationen, Mitgliedstaaten, lokalen sowie regionalen Stellen verwirklicht werden. Die Kommission will die Fortschritte gleichzeitig mit der Kontrolle des Stabilitäts- und Wachstumspakts überwachen. Sanktionen sind nicht vorgesehen. Die Staats- und Regierungschefs der EU werden auf ihrem Gipfel am 25./26.03. Stellung beziehen. http://ec.europa.eu/eu2020/index_de.htm
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/225&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Große Herausforderungen für Europäischen Auswärtigen Dienst

Nach Äußerungen von João Vale de Almeida, Generaldirektor der GD Relex der Kommission und zukünftiger EU-Botschafter in Washington, ist es sehr schwierig, die Frist von Ende April für die Annahme der Rechtsakte für den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) einzuhalten. Die nachfolgende Aufstockung der bestehenden Auslandsdelegationen der Kommission und die Anwerbung von Mitarbeitern aus den Mitgliedstaaten werde einige Zeit in Anspruch nehmen, so dass der EAD erst gegen Jahresende seine Tätigkeit aufnehmen könne. Anzumerken ist, dass auf Grund der fehlenden Rechtsgrundlage noch nicht mit dem Einstellungsprozess begonnen worden ist. Geplant sind etwa 5.000 Beamte. Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik hat weltweit etwa 10.000 Beschäftigte.

<http://www.euractiv.com/de/zukunft-eu/ead-eine-schwere-geburt-news-307863>

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/AAmt/Uebersicht.html>

3. Neues Verfahren für Personalauswahl der EU-Institutionen

Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič und der Direktor des Europäischen Amts für Personalauswahl (EPSO), David Bearfield, stellen am 11.03. die neuen Einstellungsverfahren und -regularien für EU-Institutionen vor. Ziel der Neuerungen ist ein größerer Nachdruck auf den spezifischen Fähigkeiten für die zu besetzenden Stellen und eine Abkehr vom Abfragen von Wissen. So entfällt der Test zur Geschichte der europäischen Einigung und zu den europäischen Institutionen. Außerdem sollen die oft jahrelangen Fristen bis zur Einstellung erheblich verkürzt werden.

http://europa.eu/epso/index_de.htm

4. EZB-Rat für Ernennung von Vítor Constâncio zum Vizepräsidenten der EZB

Der EZB-Rat bestätigte am 04.03. auf Ersuchen des Präsidenten des Europäischen Rats, dass der vorgeschlagene Kandidat eine in Währungs- oder Bankfragen anerkannte und erfahrene Persönlichkeit im Sinne von Artikel 283 Absatz 2 des Vertrags ist. Der EZB-Rat hat keine Einwände gegen die Empfehlung des Rates zur Ernennung von Vítor Constâncio zum Vizepräsidenten der EZB.

http://www.ecb.europa.eu/ecb/legal/pdf/de_con_2010_19_f_sign.pdf

II. Internationales und Entwicklungspolitik

a) Internationales

1. Rat verhängt Waffenembargo gegen Eritrea

Der Rat fasste am 01.03. im Einklang mit der Resolution des Sicherheitsrates 1907 (2009) einen Beschluss über restriktive Maßnahmen gegen Eritrea. Danach ergreifen die Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen zur Verhinderung des Verkaufs und der Lieferung von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial jeder Art, einschließlich Waffen und Munition, Militärfahrzeugen und -ausrüstung, paramilitärischer Ausrüstung und Ersatzteilen für dieselben, an Eritrea durch Staatsangehörige der Mitgliedstaaten oder vom Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten aus oder unter Benutzung von ihre Flagge führenden Schiffen oder Luftfahrzeugen, unabhängig davon, ob diese Güter ihren Ursprung im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten haben oder nicht. <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st05/st05534.de10.pdf>

2. Sonderregeln für Öl- und Gasverkäufe von Irak verlängert

In Einklang mit der Resolution 1483 (2003) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen über besondere Regelungen für Einnahmen aus den Exportverkäufen von Erdöl, Erdölprodukten und Erdgas aus Irak, während Artikel 10 der genannten Verordnung besondere Regelungen und der Resolution 1905(2009) beschloss der Rat die nochmalige Verlängerung der besonderen Regelungen bis zum 31. Dezember 2010. Wesentlicher Inhalt ist die Zuweisung dieser Erlöse an den Entwicklungsfonds für den Irak.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st05/st05789.de10.pdf> (Gemeinsamer Standpunkt)

b) Außenhandel

EU und Vietnam planen Freihandelsabkommen

Die EU und Vietnam einigten sich am 02.03. in Hanoi nach einem Gespräch zwischen Außenhandelskommissar Karel De Gucht und dem vietnamesischen Premierminister Nguyen Tan Dung auf die Eröffnung von Gesprächen über ein Freihandelsabkommen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/219&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

c) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

1. Kommission stellt erste 100 Mio. EUR für Wiederaufbau in Haiti bereit

EU-Kommissar für Entwicklung, Andris Piebalgs, hat am 02.03. angekündigt, dass die Kommission 100 Mio. EUR für den Wiederaufbau in Haiti bereitstellen wird. Damit sollen Regierungsgebäude und die wichtigste staatliche Infrastruktur wiederaufgebaut werden. Ein Teil wird ferner als Budgethilfe für das Land geleistet, damit die Regierung weiterhin wesentliche

Ausgaben bestreiten kann, wie z. B. Gehaltszahlungen, Kosten für den Wiederaufbau von Schulen, für die Verbesserung des Bildungssystems, die Wiederherstellung der Hauptstraße um Port-au-Prince, die Verbesserung des Katastrophenschutzes sowie technische Hilfe.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/217&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
http://ec.europa.eu/delegations/haiti/index_fr.htm

2. Kommissarin Georgieva eröffnet neuen Blog

Die Kommissarin für internationale Zusammenarbeit und humanitäre Hilfe präsentierte in ihrem Blog Berichte von ihrer Mission nach Haiti und spricht über ihre anstehende Reise nach Chile.

<http://blogs.ec.europa.eu/georgieva/>

3. Neue Projekte des Infrastruktur-Treuhandfonds EU-Afrika für 2009

Im Jahr 2009 gewährte der Infrastruktur-Treuhandfonds EU-Afrika 11 Zuschüsse für den Aufbau groß angelegter regionaler Infrastrukturen in den Bereichen Energie, Verkehr sowie Informations- und Kommunikationstechnologie in ganz Afrika. Zudem stockte der von der Europäischen Investitionsbank verwaltete Fonds sein Budget 2009 weiter auf. Die Zuschussmittel, die dem Fonds seit seiner Einrichtung bereitgestellt wurden, belaufen sich auf insgesamt 372 Mio. EUR und könnten die Mobilisierung weiterer 5 Mrd. EUR an Darlehen europäischer oder internationaler Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen und aus dem Privatsektor ermöglichen. Die Europäische Kommission als Hauptbeitragszahler des Fonds erhöhte ihre Beteiligung um 200 Mio. EUR.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/233&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit

1. Kommission will geschlechtsspezifische Lohnunterschiede verringern

Die Kommission plant eine Reihe von Maßnahmen, um die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in den nächsten fünf Jahren erheblich zu verringern. Die durchschnittliche geschlechtsspezifische Lohndifferenz betrage in der EU derzeit 18 % (Deutschland 23% und Österreich 25.5%). Um diese Differenz zu verringern, will die Kommission Arbeitgeber sensibilisieren, Initiativen zur Gleichstellung von Frauen und Männern fördern und die Entwicklung von Instrumenten zur Messung der geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede unterstützen. Gleichzeitig werden neue Rechtsetzungsmaßnahmen nicht ausgeschlossen. Aus einer am 05.03. veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage gehe hervor, dass über 80 % der Europäer Sofortmaßnahmen zur Verringerung der Lohnunterschiede begrüßen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/236&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Keine Ausstiegsstrategien ohne wirksame soziale Begleitmaßnahmen

Die Sozialsysteme und spezifische kurzfristige Sozialmaßnahmen seien entscheidend für die Abmilderung der sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise gewesen, so ein neuer EU-Bericht, der am 04.03. vorgestellt wurde. Im Mittelpunkt des „Gemeinsamen Berichts über Sozialschutz und soziale Eingliederung 2010“, den die Arbeits- und Sozialminister am 08./09.03. erörtern, steht die Frage, was man aus den Erfahrungen mit der europäischen Krisenreaktion lernen kann. Der Bericht wird auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates am 25./26.03. vorgelegt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/229&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Mittel aus Globalisierungsfonds für fünf Staaten

Die EU-Kommission will 40 Mio. EUR fast 7.000 entlassene Arbeitnehmer in vier verschiedenen Branchen zur Verfügung stellen: €9.2 Mio. für 2.199 entlassene Arbeitnehmer in 46 unterschiedlichen Textilbetrieben in Ost- und Westflandern sowie Limburg (**Belgien**), €9.8 Mio. für 1.500 frühere Arbeitnehmer von Volvo sowie von Zulieferern in **Schweden**, €5.7 Mio. für 400 Arbeitnehmer in neun Kraftfahrzeugbetrieben in der Steiermark (**Österreich**), €14.8 Mio. für 2.400 Arbeitnehmer von Dell in **Irland** und €386.114 für 435 frühere Bauarbeiter von Heijmans N.V. in den **Niederlanden**. Dies sind die ersten Fälle nach der Neuregelung des Globalisierungsfonds. Während bisher die Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt innerhalb von 12 Monaten abzuschließen waren, gilt nunmehr eine Frist von 24 Monaten.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=326&langId=en>

4. Arbeitslosenquote der Eurozone im Januar konstant bei 9,9%, EU bei 9.5%

In der Eurozone (EZ16) lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Januar 2010 bei 9,9%, unverändert gegenüber Dezember 2009. Im Januar 2009 hatte sie 8,5% betragen. In der EU27 lag die Arbeitslosenquote im Januar 2010 bei 9,5%, unverändert gegenüber Dezember 2009. Im Januar 2009 hatte sie 8,0% betragen. Alle Mitgliedstaaten verzeichneten über ein Jahr betrachtet einen Anstieg ihrer Arbeitslosenquote. Die niedrigsten Anstiege wurden in Deutschland (von 7,2% auf 7,5%), Luxemburg (von 5,4% auf 5,9%) und Belgien (von 7,5% auf 8,0%) beobachtet. Die höchsten Anstiege verzeichneten Lettland (von 12,3% auf 22,9%), Litauen (von 6,4% im dritten Quartal 2008 auf 14,6% im dritten Quartal 2009) und Estland (von 7,6% im vierten Quartal 2008 auf 15,5% im vierten Quartal 2009). Österreich liegt bei 5.3%.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/29&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

5. Kommission verstärkt Engagement für Gleichstellung von Mann und Frau

Die Europäische Kommission präsentiert im Vorfeld des Internationalen Frauentages eine „Charta für Frauen“, mit der sie ihr verstärktes Engagement für eine Gleichstellung von Mann und Frau zum Ausdruck bringt. Diese politische Erklärung sieht fünf Schlüsselbereiche für Maßnahmen vor und verpflichtet die Kommission, in den kommenden fünf Jahren in allen ihren Politikbereichen auf Gleichberechtigung zu achten und die Gleichstellung von Frauen und Männern gezielt zu fördern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/237&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

6. Eurostat präsentiert Unterschiede zwischen Frauen und Männern

In einer Pressemitteilung aus Anlass des Internationalen Frauentages am 08.03. gibt Eurostat, das statistische Amt der EU, Antwort auf Fragen wie: Wie viel höher ist die Lebenserwartung von Frauen als von Männern und wie sind die Prognosen für 2030? Ist die Arbeitslosenquote von Frauen höher als von Männern? Und wie sieht es mit der Beschäftigungsquote aus? Was sind die Unterschiede zwischen Frauen und Männern bei der Nutzung des Internets - Verschicken von E-Mails, Online-Lektüre von Zeitschriften, Internet-Banking und Online-Arbeitsuche?

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/35&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Gesundheit

Kein Schadenersatz wegen Rücknahme von Arzneimittelzulassung

In der Rechtssache der Firma Artegodan GmbH mit Sitz in Lüchow (Deutschland) wegen der rechtswidrigen Rücknahme der arzneimittelrechtlichen Zulassung für das Amfepramon enthaltende Präparat Tenuate retard, entschied das Gericht erster Instanz beim Europäischen

Gerichtshof, dass die von Artégodan angeführten Verstöße gegen das Gemeinschaftsrecht nicht die außervertragliche Haftung der Gemeinschaft auslösen können, da sie keine hinreichend qualifizierten Verstöße gegen Vorschriften darstellen, die bezwecken, dem Einzelnen Rechte zu verleihen. Die verletzten Zuständigkeitsvorschriften bezweckten nicht die Verleihung von Rechten an den Einzelnen und der Verstoß gegen die Voraussetzungen für eine Zulassungsrücknahme könne nicht als hinreichend qualifiziert angesehen werden.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=T-429/05](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=T-429/05)

IV. Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Landwirtschaft

1. Kommission genehmigt Anbau von Genkartoffel Amflora

Zwölf Jahre nach der Genehmigung des Genmais MON810 hat die Kommission eine zweite Genpflanze zum Anbau in der EU zugelassen. Die von der BASF entwickelte Kartoffel Amflora soll nicht der menschlichen Ernährung, sondern der industriellen Stärkegewinnung dienen. Die Abfallprodukte sind für die Tierernährung bestimmt. Der Anbau ist in Deutschland, Tschechien, Schweden und den Niederlanden vorgesehen; die Regierungen haben bereits ihr Einverständnis erklärt. Ferner genehmigte die Kommission die Verwendung der genetisch veränderten Maissorten MON863xMON810, MON863xNK603, MON863xMON810xNK603 als Lebens- und Futtermittel sowie deren Einfuhr und Verarbeitung. Bei allen Zulassungen ist dem Vorhandensein eines Antibiotikaresistenz-Markergens Rechnung getragen worden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/222&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Mitgliedstaaten soll Anbau von Genpflanzen freigestellt werden

Entsprechend den politischen Leitlinien von Präsident Barroso vom September 2009 ist Kommissar Dalli gebeten worden, im Sommer einen Vorschlag zu unterbreiten, wie ein gemeinschaftliches, wissenschaftlich fundiertes Zulassungsverfahren kombiniert werden kann mit dem Recht der Mitgliedstaaten, selber zu bestimmen, ob sie in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet genetisch veränderte Sorten anbauen möchten oder nicht. Anzumerken ist, dass bisher nur in fünf Mitgliedstaaten (Spanien, Tschechien, Rumänien, Portugal und Slowakei) genetisch veränderte Pflanzen (Genmais MON810) angebaut werden. Sechs Mitgliedstaaten (Deutschland, Österreich, Frankreich, Griechenland, Ungarn und Luxemburg) verbieten den Anbau von Genmais. Polen verbietet den Anbau jeglicher genetisch veränderter Pflanzen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/222&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Rat beschließt Maßnahmen gegen illegal geschlagenes Holz

Der Rat finalisierte seinen Standpunkt in erster Lesung zum Vorschlag für eine Verordnung über die Verpflichtungen von Marktteilnehmern, die Holz und Holzserzeugnisse in Verkehr bringen. Durch Festlegung von Sorgfaltspflichten soll sichergestellt werden, dass bei der ersten Vermarktung in der EU kein illegal geschlagenes Holz in den Handel kommt. Die Vorlage geht nunmehr an das Europäische Parlament zur zweiten Lesung.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/113105.pdf

(Council

Competitiveness)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st06/st06527-re01.de10.pdf>

4. Anstieg der Flächen für ökologischen Landbau in der EU

Die für den ökologischen Landbau genutzte Fläche umfasste 2008 in der EU27 7,8 Mio. Hektar (ha), 7% mehr als im Jahr 2007. Über einen längeren Zeitraum hinweg zeigen die verfügbaren Daten für die EU25 einen Anstieg der gesamten ökologischen Fläche um 21% zwischen 2005 und 2008. Im Jahr 2008 waren die fünf Mitgliedstaaten mit der größten ökologischen Fläche in

der EU27 Spanien (1,3 Mio. ha), Italien (1,0 Mio. ha), Deutschland (0,9 Mio. ha), das Vereinigte Königreich (0,7 Mio. ha) und Frankreich (0,6 Mio. ha). Österreich hat den höchsten Anteil von Ökolandbau an der landwirtschaftlichen Nutzfläche (15,7%) und kommt auf 0,4 Mio. ha. Deutschland erreichte 5,1% Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche und liegt damit noch über dem EU-Durchschnitt von 4,1%.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/30&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

V. Binnenmarkt, Steuern und Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt

1. Große Mängel bei Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie

In einem ersten Überblick weist die Kommission darauf hin, dass zwei Staaten, nämlich Griechenland und Slowenien noch nicht die Überprüfung ihrer bestehenden Gesetzgebung abgeschlossen haben. Irland und Portugal haben noch keine horizontalen Umsetzungsgesetze. Deutschland und Spanien haben ihre sektorspezifische Gesetzgebung fast abgeschlossen, in beiden Ländern steht aber noch Gesetzgebung auf regionaler Ebene aus. Österreich, Zypern, Finnland, Griechenland, Irland, Luxemburg, Portugal, Rumänien und Slowenien müssen noch wesentliche Änderungen ihrer Gesetzgebung vornehmen. In sechs Mitgliedstaaten, nämlich Griechenland, Italien, Polen, Slowakei, Rumänien und Slowenien gibt es noch keine funktionierende einheitliche Anlaufstelle. Deutschland und Österreich haben bereits voll funktionierende einheitliche Anlaufstellen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/10/st06/st06817.en10.pdf> (Sachstandsbericht)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st06/st06060.de10.pdf> (Rat Ecofin 16.02.10)

2. Ländermonopol für Sportwetten widerspricht nicht EU-Recht

Nach Ansicht von Generalanwalt Paolo Mengozzi in Verfahren zu Sportwetten in Baden-Württemberg, Hessen und Schleswig-Holstein vor dem Europäischen Gerichtshof, sind die Mitgliedstaaten beim derzeitigen Stand des Unionsrechts nicht verpflichtet, die nationalen Glücksspiellizenzen gegenseitig anzuerkennen. Weder die Niederlassungs- noch die Dienstleistungsfreiheit berechtigten den Inhaber einer von einem Mitgliedstaat erteilten Erlaubnis zur Veranstaltung von Sportwetten, die nicht auf sein Hoheitsgebiet beschränkt seien, im Hoheitsgebiet anderer Mitgliedstaaten Wetten anzubieten. Das Verbot, öffentliche Glücksspiele im Internet zu veranstalten und zu vermitteln, sei mit der Dienstleistungsfreiheit vereinbar, wenn diese Maßnahme verhältnismäßig und kohärent im Hinblick auf das Ziel des Allgemeininteresses ist.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-03/cp100019de.pdf> (PM EuGH)

3. Binnenmarktinformationssystem immer stärker genutzt

Nach dem Sachstandsbericht der Kommission für den Rat Wettbewerb am 01./02.03. sind über 4.500 nationale, regionale und lokale Stellen als Nutzer registriert. Hiervon sind 82% für die Dienstleistungsrichtlinie, 10% für Berufsqualifikationen und 8% für beides verantwortlich. Die Zahl der täglichen Nutzer stieg von etwa 40 im Januar 2009 auf fast 200 Ende 2009. Von den Anfragen wird 57% innerhalb von drei Tagen entsprochen und 71% innerhalb von zwei Wochen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/10/st06/st06922.en10.pdf>

4. Weiterhin Mängel bei Umsetzung des Binnenmarktrechts

Nach dem Binnenmarkt-Anzeiger der EU-Kommission sind 0,7 % der Binnenmarktrichtlinien, deren Umsetzungsfrist bereits abgelaufen ist, noch nicht in nationales Recht überführt. Deutschland hat 9 der 1521 Binnenmarktrichtlinien (1,1%) noch nicht umgesetzt, Österreich 16 (1,1%) und Liechtenstein 7 (0,4%). Schlusslicht ist Griechenland mit 23 (1,5%). Bei den seit mehr als zwei Jahren nicht umgesetzten Richtlinien ist Griechenland mit 6 ebenfalls Schlusslicht (Deutschland 1, Österreich 3). Bei den zum 01.11.09 offenen Vertragsverletzungsverfahren ist

Italien mit 100 Schlusslicht, vor Griechenland und Spanien mit jeweils 93 (Deutschland 68 und Österreich 38). Österreich ist bei der Befolgung von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs Schlusslicht, mit einer durchschnittlichen Verzögerung von 25 Monaten (EU-Durchschnitt 18, Deutschland 15 Monate).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/211&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Steuern

1. EU-Kommissar Šemeta auf Brüsseler Steuerforum

Algirdas Šemeta, EU-Kommissar für Steuern, Zollunion, Audit und Betrugsbekämpfung, hat am 01.03. das 4. Brüsseler Steuerforum, das in diesem Jahr dem Thema „Steuerpolitik nach der Krise“ gewidmet ist, eröffnet. Die Konferenz befasste sich mit der Frage, welche Lehren aus der Krise im Bereich Steuern gezogen werden können, und mit der Schlüsselrolle, die die Steuerpolitik beim Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft und der Sicherung nachhaltigen Wachstums spielen kann.

http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/gen_info/tax_conferences/tax_forum/index_de.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/212&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Mindestverkaufspreise für Tabakwaren europarechtswidrig

Wie von Generalanwältin Juliane Kokott vorgeschlagen, entschied der Europäische Gerichtshof, dass die in Österreich, Frankreich und Irland geltende Festsetzung von Mindestpreisen für Zigaretten und andere Tabakwaren gegen die EG-Richtlinie 95/59 über die anderen Verbrauchsteuern auf Tabakwaren als die Umsatzsteuer verstoßen. Hierdurch werde der Wettbewerb beeinträchtigt. Der Gesundheitsschutz könne im Wege der Besteuerung ausreichend verfolgt werden.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-03/cp100021de.pdf> (PM EuGH)

c) Wettbewerbsrecht

3. Klage wegen Einbringung von Sondervermögen in Helaba zurückgewiesen

Das Gericht erster Instanz beim Europäischen Gerichtshof bestätigte die Entscheidung der Kommission, wonach die Übertragung zweier Sondervermögen auf die Landesbank Hessen-Thüringen soweit das Kapital der Unterlegung ihres Wettbewerbsgeschäfts dient, keine staatliche Beihilfe ist. Gegen die Entscheidung der Kommission bezüglich der Sondervermögen "Wohnungswesen und Zukunftsinvestition" sowie „Hessischer Investitionsfonds“ hatte der Bundesverband deutscher Banken geklagt.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-03/cp100018de.pdf>

(PM EuGH)

VI. Wirtschaft und Finanzen

a) Wirtschaft

1. EU-Wirtschaftsminister für koordinierte Industriepolitik

Im Rat Wettbewerbsfähigkeit am 01./02.03. erinnerten die Minister daran, dass der Vertrag von Lissabon die Koordinierung von Industriepolitiken fördere. Die Kommission wird ersucht, noch vor Ende 2010 eine Mitteilung zu einer umfassenden Industriepolitik zu unterbreiten. Ferner soll die Kommission einen Aktionsplan für saubere und energieeffiziente Fahrzeuge (einschließlich Elektro- und Hybridmobile) vorlegen. Notwendig sei auch eine koordinierte Ausstiegsstrategie aus den Krisenmaßnahmen; der besondere Beihilfenrahmen laufe aus. Die Minister erinnerten

auch an den Wettbewerbsbericht der EU vom Dezember 2009, wonach zu befürchten sei, dass erst in zwei bis vier Jahren das Prokopfeinkommen vor der Krise wieder erreicht werde und wonach die Erholung der Beschäftigung etwa doppelt so lange dauere.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/113105.pdf

(Council Competitiveness)

2. Rat Wettbewerbsfähigkeit für ehrgeizigen Wachstumsplan

Die EU-Wirtschaftsminister sprachen sich am 01./02.03., in einem Meinungsaustausch über die EU-Strategie für 2020, für ehrgeizige und realistische Ziele sowie eindeutige Pflichten für die Mitgliedstaaten aus. Besondere Bedeutung komme der Vertiefung des Binnenmarktes, der Einführung einer nachhaltigen Ökonomie, bürgernahen Zielen sowie Forschung und Innovation zu. Die neue Strategie solle

Den Ausstieg aus Krisenmaßnahmen mit ehrgeizigen Strukturreformen auf EU- und nationaler Ebene verknüpfen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/113105.pdf

(Council Competitiveness)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st06/st06070-re01.de10.pdf> (Fragen des Vorsitzes)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st06/st06389.de10.pdf> (Vermerk Gruppe Forschung)

3. Kommission fördert 43 Gas- und Stromprojekte

Mit 2.3 Mrd. EUR werden 31 Gas- und 12 Stromprojekte gefördert, darunter die Nabucco-Gaspipeline (200 Mio. EUR), die Fluxys-Gaspipeline von Deutschland über Belgien nach Großbritannien (835 Mio. EUR) und verschiedene Maßnahmen zur Umkehrung des Gasflusses in Österreich. Für die Stromübertragung zwischen Halle/Saale und Schweinfurt werden 100 Mio. EUR bereit gestellt. Zusammen mit 1.5 Mrd. EUR, die im Dezember 2009 für CO₂-Abscheidung und Wind-Projekte bewilligt worden sind, hat die EU im Rahmen des Konjunkturprogramms mit nunmehr fast 4 Mrd. EUR eine bisher unerreichte Summe in den Ausbau der Energieinfrastruktur gesteckt. Die EU übernimmt bis zu 50% der Investitionskosten und erwartet, dass die Energiewirtschaft in den nächsten 3 - 5 Jahren bis zu 222 Mrd. EUR investieren wird.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/231&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4. BIP in der Eurozone und in der EU27 im 4. Quartal 2009 um 0,1% gestiegen

Im Vergleich zum Vorquartal ist das BIP im vierten Quartal 2009 sowohl in der Eurozone (EZ16) als auch in der EU27 um 0,1% gestiegen. Im dritten Quartal 2009 waren die entsprechenden Wachstumsraten +0,4% in der Eurozone und +0,3% in der EU27. Im Vergleich zum vierten Quartal 2008 ist das saisonbereinigte BIP in der Eurozone um 2,1% und in der EU27 um 2,3% gesunken, nach -4,1% bzw. -4,3% im Vorquartal.

Dies geht aus Schätzungen von Eurostat hervor.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/34&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

5. Frankreich erwartet Soforthilfen der EU nach Orkan Xynthia

Schon unmittelbar nach der Naturkatastrophe traf Kommissar Hahn am 01.03. mit einer französischen Delegation zusammen. Die französischen Behörden kündigten dabei ihre Absicht an, einen Antrag auf Soforthilfen aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union zu stellen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/224&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Energie

Kommission begrüßt Gasverbindung zwischen Bulgarien und Serbien

Der Minister für Wirtschaft, Energie und Tourismus der Republik Bulgarien, Trajtscho Trajkow, und der Minister für Bergbau und Energie der Republik Serbien, Petar Škundrić, unterzeichneten am 05.03. im Beisein des Generaldirektors für Energie, Philip Lowe, eine gemeinsame Erklärung, die den Weg für eine Gasverbindungsleitung zwischen Bulgarien und Serbien ebnen soll. Die gemeinsame Erklärung ist Ausdruck des Engagements beider Regierungen für dieses Projekt. In ihr werden die nächsten konkreten Projektschritte umrissen und die Europäische Kommission sowie die internationalen Finanzinstitute um Unterstützung bei der Vorbereitung des Projekts und damit verbundener Studien gebeten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/238&format=HTML&aged=0&language=D&guiLanguage=en>

c) Finanzen

1. Europäische Zentralbank hält Zinsniveau konstant

Wie erwartet beschloss der EZB-Rat am 04.03., den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % bzw. 0,25 % zu belassen. Die wirtschaftliche Erholung im Eurogebiet setze sich fort, allerdings nicht geradlinig. Die Dienste der EZB rechneten mit einem Wirtschaftswachstum zwischen 0.4 und 1.2% in 2010 und 0.5 bis 2.5% in 2011. Die Inflation werde für 2010 auf 0.8 bis 1.6% und für 2011 auf 0.9 bis 2.1% geschätzt.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2010/html/pr100304.de.html>

<http://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2010/html/is100304.en.html> (Trichet)

<http://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/ecbstaffprojections201003en.pdf> (Staff Projections)

2. Weiterhin hoher Überschuss der Europäischen Zentralbank

Im Jahr 2009 erzielte die EZB einen Überschuss von 2 218 Mio €; das Geschäftsjahr 2008 hatte sie mit einem Überschuss in Höhe von 2 661 Mio € abgeschlossen. Nach einer technischen Anpassung bezüglich der Rückstellung für Risiken belief sich der ausgewiesene Nettogewinn der EZB für das Jahr 2009 auf 2 253 Mio €. Gemäß Beschluss des EZB-Rats wurden 787 Mio € des Nettoergebnisses für das Geschäftsjahr 2009 – hierbei handelt es sich um die gesamten Einkünfte der EZB aus dem Euro-Banknotenumlauf – am 5. Januar 2010 an die nationalen Zentralbanken (NZBen) ausgezahlt. Am 4. März 2010 beschloss der EZB-Rat, die verbleibenden 1 466 Mio € an die NZBen auszuschütten. Diese Ausschüttungen kommen zu etwa einem Viertel der Deutschen Bundesbank zugute.

http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2010/html/pr100304_1.de.html

3. Europäische Zentralbank fährt Krisenmaßnahmen langsam zurück

Der EZB-Rat beschloss am 04.03., die außergewöhnlichen Maßnahmen zur Liquiditätsversorgung allmählich auslaufen zu lassen. Mindestens bis 12.10. wird den Banken allerdings noch unbegrenzt Liquidität zu einem festen Zinssatz zur Verfügung gestellt. Am 21.03. wird wie erwartet der letzte Sechsmonatstender mit unbegrenzter Zuteilung zu einem Zinssatz, der sich nach der durchschnittlichen Höhe der Hauptrefinanzierungsfazilität während der Laufzeit des Tenders richtet, durchgeführt. Die regulären Dreimonatstender werden ab 28.04. bei einer vorgegebenen Menge zu einem variablen Zinssatz durchgeführt, bei denen mindestens der Hauptrefinanzierungssatz geboten werden muss.

http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2010/html/pr100304_2.en.html

4. Europäische Zentralbank begrüßt griechische Konsolidierungsmaßnahmen

Der EZB-Rat hielt am 03.03. die von der griechischen Regierung am selben Tag angekündigten zusätzlichen Maßnahmen, insbesondere die Reduzierung öffentlicher Ausgaben und Kürzungen

bei den Gehältern im öffentlichen Dienst, für notwendig und angemessen, um die Ziele des Stabilitätsprogramms zu erreichen. Positiv zu werten sei auch die Anerkennung der Notwendigkeit von raschen Strukturreformen durch die griechische Regierung, im Einklang mit den Beschlüssen des Ecofin-Rates vom 16.02.2010.
<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2010/html/pr100303.en.html>

5. Estland bereitet sich auf Einführung des Euro am 01.01.2011 vor

Estland erwartet positive Berichte der Europäischen Zentralbank und der EU-Kommission im Mai, auf deren Grundlage im Juni die Eurogruppe, der Ecofin-Rat und der Europäische Rat ihr Votum abgeben können. Im Vorfeld hat Estland der EZB Gesetzesvorlagen zur Einführung des Euro unterbreitet, zu denen die EZB am 23.02. Nachbesserungswünsche übermittelt hat.

http://euro.eesti.ee/EU/Euroveeb_edit/Main_Page/left_menu/Changeover_to_the_euro_in_Estonia/12_211_205_Euromoju.jsp

6. Griechenland muss bei Statistikamt noch nachbessern

Der EZB-Rat anerkannte in seiner Stellungnahme vom 23.02. die Ziele des Gesetzesentwurfes vom 12.01. zur Einführung einer unabhängigen Statistikbehörde in Griechenland. Die Zuständigkeiten müssten jedoch klarer gefasst werden. Festzuschreiben sei, dass die Behörde alle für ihre Aufgabenerfüllung erforderlichen Informationen erhält. Unzulässig sei die vorgesehene Ausnahme für Informationen zur Verteidigung, zur öffentlichen Sicherheit und zu internationalen Beziehungen. Klarzustellen sei auch, dass die griechische Zentralbank als Mitglied des Eurosystems verpflichtet ist, mit der EZB und den anderen Zentralbanken des Eurosystems in Statistikangelegenheiten zusammenarbeiten muss und Statistiken zu erstellen hat.

http://www.ecb.europa.eu/ecb/legal/pdf/en_con_2010_17_f_sign.pdf

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

1. Rat für energisches Vorgehen gegen Produktpiraterie

In ihrer Entschließung vom 01.03. zur Mitteilung der Kommission über die Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums im Binnenmarkt, stimmten die EU-Wirtschaftsminister den von der Kommission vorgeschlagenen Handlungsschwerpunkten zu und ermunterten nationale Behörden, Rechteinhaber, Verbraucherverbände und sonstige Akteure aus allen Bereichen, sich aktiv an der Arbeit der Europäischen Beobachtungsstelle für Marken- und Produktpiraterie; zu beteiligen. Die Kommission wird ersucht, zu prüfen, ob es angezeigt ist, einen geänderten Vorschlag für eine Richtlinie über strafrechtliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Marken- und Produktpiraterie vorzulegen. <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st06/st06363.de10.pdf>

2. Weniger Vertragsverletzungsverfahren durch "EU-PILOT"

In ihrem Bericht über die ersten 22 Monate des Bestehens von EU-Pilot, zieht die Kommission eine positive Bilanz und schlägt vor, das bisher freiwillige System der Klärung von Rechtsbeschwerden der Bürger und Unternehmer auf alle Mitgliedstaaten auszuweiten. EU-Pilot ist seit April 2008 operationell. 15 Mitgliedstaaten sind auf freiwilliger Basis beteiligt: Dänemark, **Deutschland**, Finnland, Irland, Italien, Litauen, Niederlande, **Österreich**, Portugal, Schweden, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn und Vereinigtes Königreich. Bisher wurden 723 Dossiers bearbeitet. Eine Klärung zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten kam meist innerhalb von 10 Wochen zustande. Lediglich 40 Dossiers wurden in die formelle Phase eines Vertragsverletzungsverfahrens überführt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/226&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Erschleichen der Staatsbürgerschaft führt zu Staatenlosigkeit

Wie von Generalanwalt Poiares Maduro vorgeschlagen, entschied der Europäische Gerichtshof, dass es nicht gegen das Unionsrecht, insbesondere Art. 17 EG (Unionsbürgerschaft) verstößt, wenn ein Mitgliedstaat einem Unionsbürger die durch Einbürgerung erworbene Staatsangehörigkeit dieses Mitgliedstaats wieder entzieht, falls die Einbürgerung durch Täuschung erschlichen wurde, vorausgesetzt, dass die Rücknahmeentscheidung den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wahrt. Im Ausgangsfall hat ein in Deutschland eingebürgerter Österreicher seine österreichische Staatsbürgerschaft und damit seine Unionsbürgerschaft nach Rücknahme der Einbürgerung (wegen Verschweigens eines Strafverfahrens) nicht wiedererlangt.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-03/cp100015de.pdf> (PM EuGH)

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=C-135/08> (Urteil)

b) Inneres

1. Anerkennung von Palästinensern als Flüchtlinge

Im Falle einer Anfang 2007 aus dem Gaza-Streifen ausgereisten Palästinenserin, die wegen der Unsicherheit nicht nach Gaza zurückkehren wollte, kam Generalwältin Eleanor Sharpston vor dem Europäischen Gerichtshof zu dem Ergebnis, dass Personen, die aus außerhalb ihres Einflussbereichs liegenden Gründen den Schutz oder Beistand von Einrichtungen der Vereinten Nationen mit Ausnahme des UNHCR nicht mehr in Anspruch nehmen, eine automatische Anerkennung als Flüchtling zukommt. Personen, die sich außerhalb des Tätigkeitsbereichs des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten aufhalten sei somit nach der Genfer Flüchtlingskonvention der Flüchtlingsstatus unabhängig von der Frage zuzuerkennen, ob sie Gaza wegen Verfolgung verlassen haben.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-03/cp100022de.pdf> (PM EuGH)

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=C-31/09>

(Schlussanträge)

2. Widerruf der Flüchtlingseigenschaft von Irakern

Hinsichtlich des Widerrufs der Flüchtlingsanerkennung stellt der Europäische Gerichtshof wie von Generalanwalt Ján Mázak vorgeschlagen fest, dass die Flüchtlingseigenschaft erlischt, wenn in Anbetracht einer erheblichen und nicht nur vorübergehenden Veränderung der Umstände in dem Drittland diejenigen Umstände, aufgrund deren der Betreffende begründete Furcht vor Verfolgung hatte, weggefallen sind und er auch nicht aus anderen Gründen Furcht vor Verfolgung haben muss. Im Rahmen dieser Prüfung hebt der Gerichtshof hervor, dass sowohl im Stadium der Prüfung eines Antrags auf Anerkennung als Flüchtling als auch im Stadium der Prüfung der Aufrechterhaltung des Flüchtlingsstatus die gleiche Frage zur Beurteilung steht, ob die festgestellten Umstände eine Bedrohung mit Verfolgung darstellen oder nicht. Anders als Generalanwalt Ján Mázak hebt der Gerichtshof nicht darauf ab, ob das Existenzminimum verfügbar ist.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-03/cp100016de.pdf> (PM EuGH)

VIII. Umwelt und Verkehr

a) Umwelt

1. Konsultation zum Klimaschutz der europäischen Wälder

Die Europäische Kommission hat am 01.03. ein Grünbuch verabschiedet, in dem Optionen für einen Ansatz der EU zum Schutz der Wälder und zur Information über Waldressourcen und den Zustand von Wäldern aufgezeigt werden. Die öffentliche Konsultation zum Grünbuch findet vom 1. März bis 31. Juli 2010 auf der Webseite *Your Voice in Europe* (<http://ec.europa.eu/yourvoice>) statt. Anlässlich dieser Konsultation wird die Kommission im Rahmen der Grünen Woche am 3. Juni in Brüssel einen Workshop und eine Zusammenkunft interessierter Kreise organisieren. Darüber hinaus soll das Grünbuch auch auf einer Waldschutz-Konferenz erörtert werden, die der spanische Ratsvorsitz am 6. und 7. April in Valsain, Spanien, organisieren wird.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/207&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Italien wegen mangelhafter Abfallbeseitigung in Campanien verurteilt

Der Europäische Gerichtshof stellte fest, dass die Italienische Republik dadurch, dass die Region Campania kein angemessenes und integriertes Netz von Beseitigungsanlagen errichtet hat, gegen ihre Verpflichtungen aus der Abfallrichtlinie (2006/12/EG vom 5. April 2006) verstoßen hat.

b) Verkehr

1. Einheitlicher europäischer Luftraum wird zügig verwirklicht

Bei einer am 28.02. und 01.03. unter der Schirmherrschaft der Kommission und des spanischen Ratsvorsitzes in Madrid abgehaltenen Konferenz auf hoher Ebene verständigten sich alle Akteure der europäischen Luftfahrt auf die nötigen Impulse für eine zügige Verwirklichung des einheitlichen europäischen Luftraums. „Die Bedenkzeit ist um“, erklärte der für Verkehr zuständige Vizepräsident der EU-Kommission Kallas. „Europa bezahlt einen hohen Preis für die Fragmentierung des Luftraums. Wir müssen jetzt handeln und bis 2012 einen nahtlosen und nachhaltigen Luftraum in Europa schaffen, der mehr Sicherheit und Leistungsfähigkeit bietet. Daher begrüße ich die heute erreichten Ergebnisse.“

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/199&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/transport/air/single_european_sky/ses_2_en.htm.

2. Georgien wird in europäischen gemeinsamen Luftverkehrsmarkt integriert

Georgien und die Europäische Union haben am 05.03. bei einer Zusammenkunft in Tiflis, Georgien, ein umfassendes Luftverkehrsabkommen paraphiert, das zu einer Öffnung und Integration der beiden Märkte, einer intensiveren Zusammenarbeit und neuen Chancen für Verbraucher und Betreiber führen wird. Nach drei Verhandlungsrunden in den vergangenen sechs Monaten haben die beiden Seiten vereinbart, innerhalb von zwei Jahren nach Unterzeichnung des Abkommens einen „gemeinsamen Luftverkehrsraum“ zwischen Georgien und der EU zu schaffen, der auf gemeinsamen Vorschriften in wichtigen Bereichen wie Flugsicherheit und Gefahrenabwehr beruht.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/239&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

IX. Medien und Informationsgesellschaft

1. Fusion von Mobilfunktochtern von France Telecom und Deutsche Telekom

Die Kommission hat der geplanten Fusion von Orange UK und T-Mobile UK, den britischen Mobilfunktochtern von France Télécom (FT) bzw. Deutsche Telekom (DT) zugestimmt. Der

Beschluss der Kommission zur Fusionsfreigabe erging mit der Auflage, das derzeitige Network Sharing Agreement mit Hutchison 3G UK (3UK) über die gemeinsame Nutzung des Netzes so zu ändern, dass auf dem Mobilfunkmarkt genügend Wettbewerber verbleiben, sowie ein Viertel des Spektrums zu veräußern, über das die fusionierenden Unternehmen insgesamt im 1800 MHz-Frequenzbereich verfügen. Diese Frequenz ist eines von insgesamt drei Frequenzbändern, die derzeit im Vereinigten Königreich für die Mobilfunkkommunikation genutzt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/208&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Öffentlich-private Partnerschaft für Internet der Zukunft

Die EU-Kommission kündigte im Rat Wettbewerbsfähigkeit am 01./02.03. an, für die Jahre 2011 bis 2013 für eine öffentlich-private Partnerschaft für das Internet der Zukunft 300 Mio. EUR zur Verfügung zu stellen. Die Modalitäten für die Teilnahme und für die Funktionsweise würden gerade ausgearbeitet. Die Struktur orientiere sich an den Gemeinsamen Technologieinitiativen. Mitte 2010 sei die Ausschreibung für die Teilnahme der Industrie geplant. In einem zukünftigen Internetforum sollen die Mitgliedstaaten bei der Entwicklung standardisierter sektorübergreifender Dienstleistungsplattformen mitwirken. Über die öffentlich-private Partnerschaft sollen branchenübergreifende Industriepartnerschaften unter Einbeziehung der Nutzer und öffentlicher Stellen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene gefördert werden. Gedacht ist an ein „Internet der Dinge“ in dem alles miteinander verbunden ist und an ein „Internet der Dienste“ in dem die Nutzer eine zentrale Rolle einnehmen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/10/st06/st06807.en10.pdf>

X: Bildung, Forschung, Kultur

Europäischer Forschungsrat soll Weltniveau behaupten

In ihrer Entschließung vom 02.03. ersuchen die EU-Wissenschaftsminister die Kommission, bei der Anwendung der Finanzregelung eine Überregulierung, übermäßige Kontrolle und übertriebene Lenkung, wie sie in der Überprüfung aufgezeigt wurden, zu vermeiden. Die Kommission wird ferner ersucht, den Europäischen Forschungsrat (ERC) in seinen Bemühungen um Steigerung der Attraktivität des ERC zu unterstützen, damit der ERC die weltweit besten Wissenschaftler fördern kann. Ein unabhängiger Ständiger Ausschuss solle Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates des ERC vorschlagen. Die Kommission solle bis Juli 2011 eine unabhängige Evaluierung durchführen. Innerhalb des 7. Forschungsrahmenprogramms der EU (2007 bis 2013) wird Pionierforschung im Rahmen des Europäischen Forschungsrates durchgeführt.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st06/st06361.de10.pdf>